

Bezugsgebühr:

Wochentheft 5 Pkt. zu 10 Pkt. zu 10 Pkt.

Die "Dresdner Nachrichten" erscheinen täglich. Einzelne; die Zeitung in Dresden und der gesamten Umgebung, wo die Ausgabe durch eigene Seiten oder Sonderausgaben erfolgt, erhalten kein Blatt an Wohnungslagen, die nicht auf einen oder mehreren folgen, so zwei Wohnungslagen können und ausgenommen angezeigt.

Bei Wohnungslagen sind Schriften keine Verbindlichkeit.

Berichtszeitung:

Monat I Nr. 11 und Nr. 2000.

Telegramm-Adresse:

"Nachrichten Dresden".

Dresdner Nachrichten

Tiroler und oberbayr. Nationaltrachten

für Costümfeste

empfiehlt Jos. Flechtl aus Tirol, Schlossstr. 23.

Gegründet 1856

Haupt-Geschäftsstelle:
Marienstr. 38.

Arthur Matthaes, Cigarrenhandlung,
Filiale der
„Dresdner Nachrichten“
Kirchstrasse 1, pr. • Dresden-Plaues • Ecke Rathausstr.
und Reisswitzerstrasse 2, pr.
empfiehlt sich für Annahme von Inseraten und Abonnements
für einige Zeitung.

H. Grossmann
Nähmaschinen.

Verkauf in Dresden: Chemnitzerstrasse 26, Weisseckstrasse 5,
Blechstraße 41 (Haus, Striesen, str.), im Lößnitz: Schlossstrasse 13
und bei Herrn Max Rößmann, Dresden-N., an der Breitstrasse 8.

Aug. Kühnschert & Söhne
Dresden-A., Große Plauensche Strasse 20
Bau-, Kunst- und Maschinenschlosserei.
Gegründet 1840.

Spezialität: Aufzüge für Personen, Waren,
mit elektrischen, hydraulischen, Transport- und Handaufzügen.

Geradehalter

Mr. 38. Spiel: Ein denkwürdiger Tag. Dresdner Nachrichten, Landtagsverhandlungen, Baugenossenschaften, Wirtschaftliche Witterung: Regelladen, Beizauskünfte, Gerichtsordnung, Minna v. Barnhelm", Emil Doeck, Warm und regnerisch.

Ein denkwürdiger Tag.

Das gestrige "Dresdner Journal" meldet:

Zämmliche Mitglieder des Gesamtministeriums haben Er. Majestät dem König ihre Entlastungsgelehrte unterbreitet und haben Allerhöchstliebsten die Entschließung auf diese Geinde sich vorbehalten.

Die einzelnen Minister sind von Er. Majestät dem König beauftragt worden, bis auf weitere Allerhöchste Entschließung die Geschäfte fortzuführen.

Mit Bestürzung wird die königliche ländliche Bevölkerung von diesem so eindeutenden Ergebnis der gelungenen Sitzung der Zweiten Ständeversammlung, in der über die Indemnitätsfrage verhandelt wurde, vernommen. Ein Rücktritt des Gesamtministeriums war von seiner Seite gewünscht und selbst nach der Erklärung des Herrn v. Weißbach, aus der allerdings ein starles Solidaritätsgefühl zu erkennen war, kaum erwartet worden; bestanden doch alle Redner ausdrücklich, daß ihre Angriffe sich nur gegen das Finanzministerium, nicht aber gegen die Regierung als solche richteten. Gewiß, es sind manche peinlichen Momente in der Situation vorhanden, aber eine offene Aussprache über den eigentlichen Kernpunkt der Verhältnisse und der sehr lokale Wille auf Seiten der Regierung sowohl wie der Volksvertretung, den einen Ruf Sachsen als eines konstitutionellen Mutterhauses ehrlich zu erhalten, werden ohne Frage einen befriedigenden Ausweg auch aus den gegenwärtigen Schwierigkeiten finden lassen.

Obwohl noch niemand hat der traditionelle Hammerdenschlag, mit dem die Sitzungen der Ständeversammlung eröffnet zu werden pflegen, in der Geschichte des sächsischen Parlamentarismus eine so schwerwiegende Bedeutung, eine so außerordentliche Tragweite gehabt wie am gestrigen Tage, als die Indemnitätsfrage zur Beratung stand. Der Ton, mit dem der Hammer in der Hand des Präsidenten Herrn Geh. Hofkath. Dr. Mehrtz niederschlägt, ging einem szenisch durch Mark und Bein; er erhörte an das Läuten einer verunreinigten Glöckle und auf seinen Schwingen schien er große Ereignisse zu tragen.

Selbst dem überlächlichen Beobachter der Sturm- und Wetterzeichen, die in Haltung, Mienen und Gebärden der Abgeordneten im Saale zu Tage traten, konnte es nicht zweifelhaft sein, daß die Schlacht von vornherein für die Regierung verloren war, als der Beteiligte, rings umstellt von frostigen Bildern, die eisige Kühle bis an's Herz hinan vertrieben, sich erhob, um im Namen des Gesamtministeriums dem Herrn Kollegen von der Finanzverwaltung den Rücken zu beden. Der Herr Vorsitzende des Staatsministeriums erfreut sich ja sonst mit vollem Recht einer ungeheilten Freiheit bei den Volksvertretern, und sein Eingreifen in die Debatte verfehlt deshalb auch letzten seine Wirkung; Beschlussgebungen in der Mitte und am Schluß bilden die Regel. Dieses Mal aber war von alledem kein Hauch zu führen. Wie ein Feuer in der Frühlingsnacht, so legte sich das Schweigen der Abweisung auf die Verhandlung, als der Herr Sprecher der Regierung seine wunderbare Theorie von der "Indemnität, die doch keine Indemnität ist", entwidete und mit erhobener Stimme die für das Gesamtministerium angeblich bestehende Unmöglichkeit verfestigte, in einer hohen Gestaltüberreichung von der Art der vorliegenden eine Verfassungsverlegung zu erbliden. Der Verhandlung war diese Debatton schlechthin unverständlich und manches mitbilligende Kopfschütteln, manche vorerst noch leisen Zwischenrufe der Nichtübereinstimmung zeigten schon in diesem Stadium der Sache an, daß das Stimmungsbarmometer der Kammer rasch auf Sturm zu steigen im Begriffe war. Man konnte das übrigens insbesondere auch an dem tiefensten, sorgenvollen Aussehen des Abgeordneten Orlitz bemerken, der die parteiübergreifende Erklärung, daß die konervative Fraktion auf dem im Bericht vertretenen Standpunkt beharrte, mit sichtlich gepreßtem Herzen abgab.

Den staatsrechtlichen Höhepunkt erreichte die Debatte in den Ausführungen des nationalliberalen Abgeordneten Dr. Schill. Herr Dr. Schill zerflüchtete mit sanfter, geistreicher Ironie die Darlegungen des Ministers, die thäumlich auf nichts Anderes hinausließen als auf die unverständliche Formel: „Die Regierung hat die Verfassung zwar angebenermaßen verlegt, aber verlegt hat sie darum die Verfassung doch nicht.“ Der Führer der nationalliberalen Partei des Landtags mußte sich zu dem Befremden verstellen, daß ihm für eine solche enorme Freiheit der Unterscheidung das Fassungsvermögen abgeht, und so blieb ihm dann weiter nichts übrig, als in allgemein begreiflicher Weise auseinander zu ziehen, warum derartige hohe Staatsüberreichungen in Wirklichkeit einen Eingriff in das verfassungsmäßige Recht der Ausgabenbewilligung des Landtags in sich bergen. Herr Dr. Schill löste diese Aufgabe mit dem ihm eigenen glänzenden rhetorischen Geschick. Er legte dar, daß man bei Staatsüberreichungen von solcher Höhe nicht mehr von einfachen rechtmäßigen Schwankungen sprechen könne, sondern daß dadurch der ganze Charakter des Unternehmens von Grund aus umgewandelt sei und ein politischiges Novum geschaffen werde, daß einer Neubewilligung durch die Stände bedürfe. Eine Verfassungsverlegung ist bei einer solchen enormen Abweichung vom Staat ohne

Genehmigung der Stände keines vorhanden, auch wenn man mit dem konserватiven Abgeordneten Dr. Stödel, der nachher den Vogel von der Stange holte, der Meinung sein will, der Fall hätte vielleicht eine mildere Beurteilung verdient und erlaubt, wenn er in günstigeren finanziellen Zeiten eingetreten wäre. Grundsätzlich muß unbedingt davon festgehalten werden, daß durch jede unbehältnismäßige Staatsüberreichung das Bewilligungsrecht der Stände in die Gefahr kommt, illorichtig gemacht zu werden, wie es in dem Deputationsbericht mit Angabe und Rechtsbasis. Es wirkte daher auch nach allen Seiten hin überzeugend, als Herr Dr. Schill die Forderung auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs erhob, in dem die technangewandten Befugnisse der Regierung dem Staat gegenüber genau geregelt werden. Es ist in der That nicht abzusehen, wie sich auf andere Weise der Wiederholung joldet und blamir vorwürfig vorbeugen ließe. Endlich sond Herr Dr. Schill auch die einmütige Zustimmung der Kammer, als er darauf hinwies, daß durch die Stellungnahme der Regierung die Grundlage des Deputationsberichts verschoben worden sei und deshalb sich eine abermalige Beratung und Beschlussfassung in der Deputation darüber nötig mache, wie man sich gegenüber der Erklärung des Gesamtministeriums, die das zuerst in der Deputation gestellte Indemnitätsgelehrte wechselseitig abschwäche, wenn nicht ganz aufhebe, zu verhalten habe.

Rammele kam der Abgeordnete Rechtsanwalt Dr. Stödel an die Reihe und leitete die Debatte von dem akademisch-verfassungsrechtlichen auf das praktisch-politische Gebiet hinüber, indem er eine klare, offene und ungehemmte ischige periodische Aussprache gegenüber dem derzeitigen Leiter des Finanzministeriums verhinderte. Herr Dr. Stödel brach nicht im offiziellen Auftrage der konserватiven Fraktion, betonte aber mehrmals ausdrücklich, daß die überwiegende Mehrheit nicht nur der Zweiten Kammer, sondern auch des Landes hinter sich zu haben glaube, und wurde jedesmal bei einem solchen Hinweise von der unverstellbaren Zustimmung des Daniels begleitet. Sein "Lebenwohl!", dem vielleicht künftig ein Etag unter den geflügelten parlamentarischen Worten angewiesen werden dürfte, sond ein dröhndes Echo auf allen Bänken; es war, als wenn mit einem Blasen die mit elektrischer Spannung überladene Luft von alter Schwere befreit wäre und jeder nun, wie von einem drückenden Banne erlöst, wieder aufzuhören könnte. Auf Seiten der Regierung aber entschloß der allgemeine Sturmfeuerlei wieder; dort blieb Alles stumm und der Rest war — der Rücktritt des Gesamtministeriums.

Die Hauptfrage, die die ganze Lage bezeichnet, ist nunmehr die, wie der eingetretene Konflikt auf eine für die allgemeine Wohlbahrt erträgliche Weise zu lösen und eine tiefer gehende Sicherung unseres gesamten öffentlichen Lebens zu vermeiden ist. In dieser Beziehung kann nur festgestellt werden, daß es dem öffentlichen Empfinden durchaus entsprechend und allgemein freudig begrüßt werden würde, wenn das Ministerium als solches auch weiter im Amte verbleibe und nur Herr v. Waldorf durch eine geeignete Kraft ersetzt würde. Wer der gestrigen Verhandlung beigewohnt hat, wird nicht darüber in Zweifel sein, daß es der Mehrheit der Zweiten Kammer weniger auf die Lösung einer Verfassungsfrage als auf den Rücktritt des Herrn Finanzministers ankommt, und mit Sicherheit ist anzunehmen, daß mit dem alleinigen Ausscheiden des Herrn v. Waldorf auch bei einer Wiederaufnahme der Geschäfte durch das Gesamtministerium eine Lösung der Verfassungsfrage sehr schnell gefunden werden würde. Herr v. Waldorf stirbt als verantwortlicher Leiter des Finanzministeriums, an den sich die Stände verfassungsmäßig zu halten haben. Es bleibt aber, um menschlich nicht gerecht werden, wenn man vergessen wollte, daß Herr v. Waldorf in einem gewissen Grade in Folge seiner Gelundenheitsverhältnisse genötigt gewesen ist, die beiden seiner ministeriellen Leitung zum Theile Anderen zu überlassen. Insofern würde ein Ersatz durch eine energischere thalträtige Persönlichkeit einen Systemwechsel in unserer staatlichen Finanzwirtschaft bedeuten.

Neueste Drahtmeldungen vom 7. Februar.

(Nachricht eingehende Deutschen befinden sich Seite 4.)

Berlin. (Priv.-Tel.) Reichstag. Am Bundesratsstättliche Staatssekretär v. Tirpitz. Auf der Tagesordnung steht der Marine-Etat. Admiral v. Tirpitz: Der vorliegende Etat ist der zweite nach Erlass des Flottengesetzes. Im Marineamt sind über die Dispositionen einige Berichtigungen ausgeführt. Wir glauben darum, daß wir im Wesentlichen mit den alten Anschlagsummen auskommen können. Nun hat der "Vorwärts" einen Erlass von mir veröffentlicht. Dieser Erlass will nun vorarbeiten für eine Novelle, er ist gewissermaßen eine Studie, um nun den möglichen Überberichtigungen über die Erlass entgegenzutreten, was ich die Schläge der stellen. Im Schiffbau soll ein anderes Tempo eintreten als ursprünglich vorgesehen; dagegen ist, namentlich in Folge der Ansprüche aus Ostasien, mit vermehrten Indienststellungen zu rechnen. Ich rechne mit etwa 8 Millionen, gegenüber den ursprünglich vorgesehenen 6 Millionen. Dies ist das einzige Mehr, was mein Erlass in Aussicht stellt, und das ist lediglich eine Idee des Reichsmarineministers, über die ich selbst mir noch die endgültige Beschlagnahmung vorbehalte muss. Ich komme nun zu der sogenannten Läufung. Schon 1900 waren bei dem Flottengesetz acht Schiffe für Wiederindienststellungen im Auslande in Aussicht genommen, davon hat das Haus fünf gestrichen und nur drei bewilligt, also nur drei für den Dienst auf der ganzen Erde. Sehr gut hat sich aber

Anzeigen-Carif.

Die Menschen vom Hoffnungsgarten erleben in der Sonntagszeitung die neuen Maßnahmen in Dresden. Das Radrennen am 3. März, Sonnenfest mit Minervakette am 11. März, das 1. Aprilfest am 11. April, die Turnkämpfe auf der Brücke am 11. Mai, die großartige "Sternwarte" über der Kreuzkirche am 11. Juni. Die Menschen vom Hoffnungsgarten und Seifersdorf zeigen in den Apotheken Grimmen 80, 40 und 10 Pfg. nach dem Sonnabend-Los.

Abendfülliger Zeitung nur gegen Betriebszeitung. Zeitungskräfte werden mit 10 Pfg. entlohnt.